

Sachstand: Umsetzung der Sondermittel für globale Ernährungssicherheit

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 24. März im Rahmen eines virtuellen G7-Treffens zusätzliche Mittel in Höhe von 430 Millionen Euro zur Bewältigung der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die globale Ernährungssicherheit zugesagt. Deutschland war damit das erste Land, das eine derart bedeutende Summe an Mitteln angekündigt hat. Im Rahmen des Gipfels in Elmau hat Deutschland dann am 28.6. als Teil einer Gesamtzusage der G7 weitere 450 Millionen Euro für den Kampf gegen den weltweiten Hunger zugesagt.

Damit kann das BMZ in diesem Jahr **880 Millionen Euro zusätzlich für globale Ernährungssicherheit** investieren. Dabei greift das BMZ auf vorhandene Strukturen zurück: zum einen die **Kriseninstrumente (588 Millionen Euro)**, zum anderen die Sonderinitiative **Eine Welt ohne Hunger (250 Millionen Euro)**. Dazu kommt die Aufstockung des Kernbeitrags für das **Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) um 42 Millionen Euro**. Die Verwendung der Mittel wird derzeit mit den unterschiedlichen Durchführungs- und Partnerorganisationen festgelegt.

Koordinierung über das Bündnis für globale Ernährungssicherheit

Auf Initiative von Bundesministerin Svenja Schulze hat Deutschland im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft gemeinsam mit der Weltbank bei deren Frühjahrstagung das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (Global Alliance for Food Security) ins Leben gerufen. Der offizielle Startschuss erfolgte beim G7-Entwicklungsminister*innen-Treffen am 18./19. Mai in Berlin.

Das Bündnis unterstützt die Global Crisis Response Group der Vereinten Nationen und dient als agiles Austauschformat, das schnell auf Bedarfe reagieren kann. Deutschland arbeitet eng mit der Weltbank zusammen an der Umsetzung des Bündnisses und wird das Sekretariat finanziell unterstützen. Die Steuerungsgruppe des Bündnisses umfasst Stand heute rund 100 regelmäßig Teilnehmende, darunter Staaten der G7, G20, Afrikanische Union, Europäische Union, internationale Organisationen wie WFP, FAO, IFAD, zudem der Welternährungsausschuss (Committee on World Food Security, CFS) und die Afrikanische Entwicklungsbank. Das Bündnis versteht sich als offene Plattform. Privatwirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen werden eingebunden. Das Bündnis setzt sich ein für eine agile, zielgerichtete und schnelle Krisenreaktion, die zugleich auch den richtigen Pfad hin zu nachhaltigen Agrar- und Ernährungssystemen einschlägt. Klimawandel und Biodiversitätsverlust dürfen gerade jetzt nicht aus dem Blick geraten. Gemeinsames, international abgestimmtes Handeln ist das Gebot der Stunde.

Dabei gliedert das Bündnis seine Arbeit in drei Bereiche:

- Angebot:** Beratungsangebote und Informationsaustausch zu den aktuellen Entwicklungen bei Agrarex- und -importen, Saatgut, Düngemitteln usw.
- Aktion:** Koordinierung von Finanzierungen und Unterstützung
- Ausblick:** (wissenschaftliche) Vorausschau zur Entwicklung der Krise

Dabei kommt es unter anderem auf folgende Punkte an:

1. Vermeidung von weiterem Hunger durch länderspezifische Bedarfsanalysen und humanitäre Maßnahmen
2. Förderung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion
3. Einrichtung von „Solidarity Lanes“ zur Unterstützung der Ukraine beim Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse
4. Entwicklung einer interaktiven Karte zur Konsolidierung und Präsentation von Daten, der Verfolgung von finanziellen Ressourcen und zum Austausch von Forschungsergebnissen
5. Bereitstellung von regelmäßigen Informationen über den Agrarmarkt, insbesondere in Bezug auf Düngemittel und Saatgut.

Das Bündnis wird sich im nächsten Schritt darauf konzentrieren

- auf einem „**Dashboard**“ alle relevanten Informationen zusammenzutragen, um Entscheidungsträger*innen in betroffenen Ländern und internationalen Organisationen zu ermöglichen, gute Entscheidungen zu treffen, und
- gemeinsam mit der **Krisenreaktionsgruppe der Vereinten Nationen** auf Länderebene Dialoge zu starten, die die Verbesserung der Situation in den einzelnen Ländern zum Ziel haben.

Länderschwerpunkte

Das BMZ investiert die Mittel dort, wo die Not am größten ist, weil sich unterschiedliche Krisen überlappen. Denn der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verschärft ohnehin vorhandene Notlagen weiter. Das gilt zum Beispiel für die mehrjährige Dürre in Ostafrika (z.B. Äthiopien, Sudan, Südsudan, Kenia), die von Klimawandel und bewaffneten Konflikten besonders betroffene Sahel-Zone (z.B. Niger), aber auch die Länder im Nahen Osten, die Hauptzufluchtsort für syrische Flüchtlinge sind, gerade aber selbst mit steigenden Nahrungsmittelpreisen zu kämpfen haben, z.B. der Libanon.

Viele dieser Länder sind besonders stark von Getreideimporten, u.a. aus Russland und der Ukraine, abhängig und müssen aufgrund stark gestiegener Weltmarktpreise nun auf dem Weltmarkt zu sehr hohen Preisen einkaufen (zum Beispiel Tunesien, Ägypten). Zusätzlich beziehen viele dieser Länder, insbesondere in der Sahelzone, auch einen Großteil wichtiger Düngemittel aus Russland und Weißrussland, die deren Preis – auch über den Gaspreis – bewusst in die Höhe treiben. Deshalb geht es sowohl um kurzfristige Unterstützung der Bevölkerung zur Abfederung der akuten Krise, als auch um langfristige Transformation von Lieferketten und Landwirtschaft.

Umsetzungspartner

Das Entwicklungsministerium greift für die Unterstützung der Partnerländer im Globalen Süden auf bewährte Kooperationen mit seinen Durchführungsorganisationen, den Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen zurück.

Strategisch strebt das BMZ an, über das Bündnis für globale Ernährungssicherheit und seine eigene Mittelvergabe die Programme von multilateralen Partnern zu stärken und zu einem Geber-gemeinschaftlichen Ansatz beizutragen. Vorgesehen sind unter anderem Beiträge für das „Global Agriculture and Food Security Program“, den Weltbank-Treuhandfonds „Food Systems 2030“ sowie die „Crisis Response Initiative“ von IFAD.

Ein bedeutender Anteil der Mittel wird über die bestehende Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen, insbesondere dem Welternährungsprogramm (WFP) und dem Kinderhilfswerk (UNICEF) investiert, die in den Krisenregionen der Welt präsent und neben akuter Nothilfe auch beim Aufbau nachhaltiger Strukturen engagiert sind. So sollen neben einer Erhöhung des Kernbeitrags für das WFP von 28 auf 70 Millionen Euro zahlreiche Programme von WFP und UNICEF direkt unterstützt werden.

Das Entwicklungsministerium setzt aber auch eigene Projekte mit den staatlichen Durchführungsorganisationen um, also der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). So werden über die GIZ in den Partnerländern Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unterstützt bei der nachhaltigen Umstellung der landwirtschaftlichen Anbaumethoden und über die Bereitstellung von Saatgut und Düngern. Zudem weitet das BMZ die Förderung der KfW-Programme zu Agrarfinanzierung aus, um auch weiterhin Investitionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in eine nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen.

Weitere wichtige Partner in den betroffenen Regionen sind erfahrene zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Deutschen Welthungerhilfe, Oxfam, Caritas, Help e.V., Johanniter Unfallhilfe und Malteser International. Über diese Projekte werden z.B. in Syrien auf lokaler Ebene nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsweisen gestärkt, damit auch bei zunehmenden Dürreperioden eine Versorgung der Menschen möglich ist. In der Demokratischen Republik Kongo und Uganda werden südsudanesischen Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden dabei unterstützt, landwirtschaftliche Gruppen und Kooperativen zu gründen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Dem BMZ geht es um Hilfe zur Selbsthilfe. Neben der humanitären Hilfe, für die das Auswärtige Amt zuständig ist, kommt es darauf an, Gesellschaften langfristig krisenfester zu machen. Dabei geht es vorrangig darum, den ärmsten Teil der Bevölkerung zu stärken, eigene landwirtschaftliche Produktionskapazitäten auf- und auszubauen, soziale Basisdienstleistungen zu sichern und soziale Härten der Preisschocks zu mildern.

Projektbeispiele

WFP/UNICEF Sahel-Resilienzinitiative

Die Sahel-Resilienz-Initiative des WFP in Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad wird im Zeitraum 2018- 2023 bislang unterstützt durch das Entwicklungsministerium mit Mitteln in Höhe von 281,5 Mio. EUR. Das ergänzende Programm „Building Resilience in the Sahel in Mali, Mauretanien und Niger“ von UNICEF wird im Zeitraum 09/2019- 03/2023 bislang unterstützt durch das Entwicklungsministerium mit Mitteln in Höhe von 123,3 Mio. EUR; WFP und UNICEF erhalten nun 2022 für diese Programme überwiegend aus Sondermitteln eine Aufstockung in Höhe von 71 Mio. EUR für das WFP und 23 Mio. EUR für UNICEF.

Die langjährigen Programme verbinden verschiedene Maßnahmen, damit die Menschen ihre Ernährungslage stabilisieren können. Sie unterstützen bspw. Kleinbäuer*innen, landwirtschaftliche Flächen zu erhalten und rückzugewinnen sowie das produktive Potenzial fruchtbarer Flächen zu nutzen, z.B. durch den Einsatz solarbetriebener Wasserpumpen. Um die Landwirtschaft besser an die zunehmende Dürre anzupassen, werden Kleinbäuer*innen in teilweise simplen, aber sehr effektiven Techniken geschult, wie z.B. dem Anlegen von Halbmondfeldern zur Wasserspeicherung. Zudem erhalten sie Unterstützung, ihren Anbau zu diversifizieren und nahrhafte Lebensmittel, z.B. Hirse, Kuhbohnen, Auberginen und Okkras, auch zu verkaufen. Zudem werden Schulkinder mit Mittagessen versorgt, das möglichst aus lokalem Anbau kommt. Auch die Unterstützung von Müttern und der Aufbau von sozialen Sicherungsnetzen gehören dazu. 3 Mio. Menschen wurden mit den beiden Programmen seit 2018 bereits erreicht.

Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)

Das BMZ fördert dieses Projekt im Zeitraum 1.7.2022 bis 30.04.2023 mit 10 Millionen Euro aus den Sondermitteln. Zur Umsetzung greift die DWHH auf bestehende Landesbüros und Kooperationen mit lokalen Nichtregierungsorganisationen zurück.

Die Deutsche Welthungerhilfe unterstützt mit dem Vorhaben „Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber steigenden Lebensmittelpreisen“ die Ernährungssituation von armen und vulnerablen Menschen, die besonders von knapperen Lebensmitteln und teureren Preisen betroffen sind. Das Vorhaben ist in 11 Ländern (Bangladesch, Burkina Faso, Kenia, Liberia, Mali, Myanmar, Niger, Pakistan, Somalia, Sudan, Tadschikistan) aktiv.

Beispiel Niger: Die nigrische Regierung erwartet einen Produktionsrückgang zwischen 35% und 50% im Vergleich zur vorherigen Ernte als Folge des Klimawandels und der teuren Düngemittel. Gleichzeitig bietet die Region Diffa gute Voraussetzungen für Ackerbau und Viehzucht. Das Projekt setzt bei knapp 30.000 nigerianischen Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrer*innen und anderen besonders vulnerablen Personen in den aufnehmenden Gemeinden in Diffa an. Ein Baustein ist die Verteilung von Bargeld, mit dem sich die Menschen Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten kaufen können. Zudem verteilt

die Welthungerhilfe Gemüsesaatgut an kleinbäuerliche Familien, hilft beim Anlegen von Gemüsefeldern und schult in nachhaltigen landwirtschaftlichen Techniken. Für schwangere und stillende Frauen werden Ernährungsgruppen gegründet, um das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu erhöhen. Darüber hinaus helfen Milchziegen, die Nährstoffversorgung der Projektteilnehmenden zu verbessern und ein kleines Einkommen zu erwirtschaften, wenn überschüssige Milch und Ziegenfleisch am lokalen Markt verkauft werden können. Zudem unterstützt die Welthungerhilfe Initiativen zur Lebensmittelverarbeitung, vor allem zur Haltbarmachung von Lebensmitteln. Das Projekt leistet damit einen Beitrag, die unmittelbaren Bedarfe zu adressieren, die sich aus der akuten Nahrungsmittelpreiskrise ergeben. Gleichzeitig stärkt es lokale Kapazitäten und damit die Resilienz der Menschen gegenüber künftigen Schocks.

GIZ: Bodenschutz in Kenia

Das Globalvorhaben der GIZ zu „Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung (ProSoil)“ wird vom Entwicklungsministerium im Zeitraum November 2015 bis April 2026 mit Gesamtmitteln in Höhe von rund 206 Millionen Euro finanziert – davon entfallen 23 Millionen Euro auf Kenia. Aus den Sondermitteln wird dieses Projekt nun um 4 Millionen Euro aufgestockt, wovon 470.000 Euro auf Kenia entfallen.

Importierter mineralischer Dünger wird für Bauern in Kenia knapp und teuer. In der Krise bieten die von ProSoil Kenia geförderten Aktivitäten einen Ausweg. Nachhaltige, teilweise agrarökologische Bodenschutz- und rehabilitierungsmaßnahmen, ergänzen die Bodennährstoffe mit lokal verfügbaren Materialien. Ein Teil der Lösung ist die Kalkung, die den pH-Wert im Boden hebt und dadurch die Qualität saurer Böden verbessert. Dazu gehört auch Kompostierung, bei der Kompost durch natürliche Zersetzung lokal verfügbarer Materialien wie Maisstängel, Gründünger-Zwischenfrüchte, Agroforst-Baumzweige, Hofdünger und anderer nährstoffreiche Materialien erzeugt wird.

Hinzu kommen die Herstellung und der Einsatz von Wurmkompost (Vermicompost). Die Methode bedarf keiner größeren Kapitalinvestitionen, ist weniger arbeitsintensiv und liefert besonders schnell qualitativ hochwertigen Kompost. Die Bodengesundheit verbessert sich dadurch deutlich, der Boden kann mehr Wasser speichern und in der Folge verbessern sich auch Pflanzenwachstum und Ernte.

Mit den Sondermitteln des BMZ kann die Zusammenarbeit mit Bauerngruppen ausgeweitet werden. 1.268 integrierte Betriebe für Wurmkompostierung, Kalkung und Agroforstwirtschaft werden eingerichtet. Darüber hinaus organisiert ProSoil mit den kenianischen Partnern Kampagnen und Schulungen zu alternativen Düngemitteln, die mehr Bäuerinnen und Bauern für andere verfügbare Alternativen zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit sensibilisieren sollen. Im Ergebnis ernten Bäuerinnen und Bauern durchschnittlich fast die Hälfte mehr als zuvor.

Die nachhaltige Bodennutzung schafft so Ernährungssicherheit und erhöht die Resilienz gegen Dürren und die Folgen des Klimawandels.

WFP/KfW in Äthiopien: Rural Resilience Initiative

Das Entwicklungsministerium unterstützt über die KfW die WFP Rural Resilience Initiative (R4) im Zeitraum 2018 bis 2024 mit Gesamtmitteln in Höhe von 20 Millionen Euro. Diese Summe wird nun aus den Sondermitteln um 7 Millionen Euro für 2022 aufgestockt.

Mit dem Vorhaben „Rural Resilience Initiative (R4)“ unterstützt das BMZ gemeinsam mit der KfW Entwicklungsbank und dem Welternährungsprogramm (WFP) besonders von Ernährungsunsicherheit bedrohte Familien in der äthiopischen Provinz Amhara. Finanziert werden mit den Sondermitteln rechtzeitig zur Anbausaison u.a. die Bereitstellung von verbessertem Saatgut und anderen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (Handwerkszeug und Wasserpumpen), Geflügel und Vieh sowie von Startkapital für die Wiederherstellung von Vermögenswerten und Existenzgrundlagen. Rund 30.000 der am meisten betroffenen Haushalte in Amhara werden direkt von diesen Maßnahmen profitieren und ihre Ernährungssicherheit verbessern können.

Nächste Schritte

Die Projekte werden bereits zwischen den Durchführungs- und Partnerorganisationen und dem BMZ abgestimmt. Sie sind zum Teil bereits gestartet oder werden in den nächsten Wochen und Monaten beginnen. Vorgesehen ist, sämtliche Mittel in diesem Jahr bereitzustellen.